

**Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung**

26. März 2019
1 von 1

Teilhabekarte für den ÖPNV

Antrag der Fraktion Kasseler Linke

- 101.18.1256 -

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Leitschuh

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Kassel setzt sich bei der Tarifgestaltung im ÖPNV dafür ein, dass BezieherInnen von Leistungen nach dem SGB II, SGB XII und AsylbLG und Wohngeld ein Monatsticket im KasselPlus Gebiet zu dem Preis angeboten wird, der im Regelsatz für Verkehr veranschlagt wird. Der Berechtigungsnachweis sollte unkompliziert an die Teilhabecard gekoppelt werden. Für die dadurch entstehenden Einnahmeausfälle bei der KVG kommt die Stadt durch Zahlung der Differenz auf.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: AfD (1), Kasseler Linke

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, FDP+FW+Piraten

Enthaltung: CDU, AfD (1)

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Teilhabekarte für den ÖPNV, 101.18.1256, wird **abgelehnt**.

Norbert Sprafke
Vorsitzender

Cenk Yildiz
Schriftführer